

AUSSPRACHE

Politische Bildung - Schlagworte oder Ausbildung?

„Politische Bildung“ ist bei uns in den letzten Jahren zu einem strapazierten Begriff geworden. Die Vorstellungen von dem aber, was unter politischer Bildung konkret zu verstehen ist, gehen weit auseinander. Nicht gar zu selten werden die Auffassungen auch — das ist besonders beklagenswert — von der Art der Zuschußgeber oder vielleicht sogar durch deren Auflagen bestimmt bzw. zumindest beeinflußt. Mit den besonderen Zuschußmöglichkeiten, die sich auf viele Stellen verteilen, verstärkt sich auch gleichzeitig die Unübersichtlichkeit. In vielen Fällen scheint man der Versuchung zu erliegen, „etwas zu machen“, weil

die „Durchführung der Maßnahme“ durch die Erlangung von Zuschüssen erleichtert wird. Das braucht natürlich nicht immer schlecht zu sein. Aber die Gefahr, daß pädagogisch wenig durchdachte Planungen unter solchen Umständen begünstigt werden, ist recht erheblich. Betriebsamkeit und Bildungsstreben haben wenig gemeinsam.

Anläßlich des jüngsten Besuches von General *de Gaulle* wurde der *Jugendwerkvertrag* unterzeichnet. Mit einigem Erstaunen nahm die Öffentlichkeit davon Kenntnis, daß im deutsch-französischen Abkommen eine Starthilfe von 48 Mill. DM vorgesehen ist. In jedem Jahr sollen dann von den beiden Ländern 20 Mill. DM zur Verfügung gestellt werden. Es ist beabsichtigt, jährlich 500 000 junge Menschen herüber und hinüber zu tauschen. Selbstverständlich ist auch für das bürokratische Funktionieren der Angelegenheit Sorge getragen worden: ein Generalsekretär und

zwei Generaldirektoren sollen an der Spitze einer noch zu schaffenden Organisation stehen! Es wurde uns also eine runde Sache ins deutsch-französische Schaufenster — das ansonsten nicht allzu viele Auslagen aufweist — gelegt. So weit, so gut. Hoffentlich rechtfertigt der Erfolg diesen riesigen Aufwand. Man kann das, ohne prophetische Begabung, schon jetzt bezweifeln. Bisher sind ja die mit dem Massenaufgebot verbundenen *Vorstellungen* — es wäre innig zu hoffen, daß solche überhaupt vorhanden sein mögen — noch nicht verlautbart worden.

Demgegenüber nimmt sich die Summe, die im *Bundesjugendplan* 1963 für die politische Bildung der Jugend (außerhalb der zentralen Jugendverbände) bereitgestellt wird, geradezu ärmlich aus; es sind insgesamt 5 700 000 DM. Dem gleichen Kreis wurden für die Internationale Jugendbegegnung 1 700 000 DM zugedacht. Dieser Vergleich macht anschaulich, daß man — bei aller Zustimmung zur deutsch-französischen Freundschaft — etwas treiben, aber auch maßlos übertreiben kann.

Nun aber zurück zum Ausgangspunkt. Es fehlt nach unserem Dafürhalten erstens eine Gesamtkonzeption für die politische Bildung und zum zweiten eine geordnete, nachhaltige Förderung der echten Bildungsarbeit mit öffentlichen Mitteln. Dabei sollte die Verteilung der zugedachten Summen unter einheitlichen Gesichtspunkten von möglichst wenigen Stellen erfolgen. Jeder Antragsteller müßte auf die Ernsthaftigkeit seiner Arbeit überprüft werden, und zwar nicht nur anhand der eingereichten Unterlagen. Das braucht keine Einengung der Freiheit zur inhaltlichen Gestaltung der Programme zu bedeuten, würde aber den Effekt steigern. Jede politische Bildungsarbeit sollte dazu geeignet sein, den einzelnen zum besseren Verständnis seiner gesellschaftlichen Umwelt und zur Mitarbeit in der demokratischen Staatsordnung zu führen.

Vergessen wir nicht, daß *die Schule* hierfür wichtige Voraussetzungen zu schaffen hat. Ob die Schule bis jetzt diese Aufgabe erfüllt hat oder erfüllen konnte, darauf soll hier nicht eingegangen werden. Sicher trifft es zu, daß der Jugendliche, der mit 14 Jahren die Schule verläßt, im allgemeinen nicht die nötige Reife hat und das erforderliche Interesse aufweist, um in das politische Geschehen einzudringen. Hier hat das 9. Volksschuljahr einen ernst zu nehmenden Auftrag. Dabei muß erwähnt werden, daß es weitgehend von den Lehrern abhängt, den Sinn der Bildungspläne im Gespräch mit den Schülern zu realisieren. Die *Lehrerbildung* verdient deshalb besonders große Sorgfalt und Aufmerksamkeit. Vor kurzem berichtete die Presse über eine Arbeitstagung des „Volksbundes für Frieden und Freiheit e.V.“; dort soll u.a. auch ein Referent mitgewirkt haben, der als

Dozent an einer Pädagogischen Hochschule in Baden-Württemberg tätig ist. Wie aus dem Pressebericht hervorgeht, hat sich dieser Mann zu folgenden Feststellungen verstiegen: „... Die Bundesrepublik ist: ein ideologisches Experiment, wie man bürgerliche Verantwortungslosigkeit exerziert — die Nachholung des echten bürgerlichen Kapitalismus, sprich Libe-realismus.“ Ferner meinte er, wir alle würden das Grundgesetz ausschließlich als Freibrief für Sauerei und Gemeinheit interpretieren. — Muß es einen nicht bedenklich stimmen, daß solch ein Mann in der Lehrerbildung tätig ist? Eine in die Zukunft gerichtete, von Propaganda tunlichst freigehaltene Bildungspolitik ist die große Aufgabe aller dafür Verantwortlichen.

Otto Scheuhenpflug, Frankfurt a. M.